

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen

Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans I-B4a-4

Bekanntmachung vom 14. Dezember 2017

StadtWohn II A 16

Telefon: 90139-4483 oder 90139-3000, intern 9139-4483

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen hat am 14. Dezember 2017 beschlossen, für eine nordöstliche Teilfläche des Alexanderplatzes zwischen Dirksenstraße, Karl-Liebknecht-Straße, Alexanderstraße, der nördlichen Grenze des Flurstücks 1201 (Flur 918) und dem Alexanderplatz im Bezirk Mitte von Berlin, Ortsteil Mitte, den Bebauungsplan I-B4a-4 aufzustellen.

Der Beschluss erfolgt in Anwendung des § 9 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 AGBauGB.

Mit der Durchführung des Beschlusses ist das Referat II A beauftragt.

Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

Auslegung von Planunterlagen zum Zweck der Planfeststellung für die „Straßenbahn-Neubaustrecke Ostkreuz von der Boxhagener Straße bis zur Karlshorster Straße in den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg und Lichtenberg“

Bekanntmachung vom 14. Dezember 2017

UVK IV E 311

Telefon: 9025-1521 oder 9025-0, intern 925-1521

Die **Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)** haben die Feststellung des Planes nach § 28 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) für den Neubau der Straßenbahnstrecke Ostkreuz von der Boxhagener Straße bis zur Karlshorster Straße beantragt.

Mit dem Vorhaben sollen die Umsteigebeziehungen zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern des ÖPNV am Bahnhof Ostkreuz verbessert werden. Dazu wird die bestehende Straßenbahnstrecke in der Boxhagener Straße künftig ab der Kreuzung Boxhagener Straße/Holteistraße über die Holteistraße und Sonntagstraße zum Ostkreuz geführt und knüpft in der Karlshorster Straße wieder an den Bestand an. Die Straßenbahn wird in der Mittellage straßenbündig gemeinsam mit dem Kraftfahrzeug-Verkehr und im Bereich der Marktstraße südlich der Fahrbahn auf einem besonderen Bahnkörper geführt. Durch die neue Trassenführung und die barrierefreien Haltestellen ergeben sich größere Veränderungen im Straßenraum.

Für das Vorhaben besteht keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß § 5 in Verbindung mit § 7 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG).

Der Plan für das eingangs bezeichnete Bauvorhaben (Erläuterungsbericht und Pläne sowie die entscheidungserheblichen Unterlagen über die Umweltauswirkungen, bestehend aus: allgemeiner Vorprüfung des Einzelfalls zur Umweltverträglichkeit, Formular zur Umwelterklärung, landschaftspflegerischer Begleitplan, artenschutzrechtlicher Fachbeitrag sowie schalltechnische und erschütterungstechnische Gutachten) liegt

vom 3. Januar 2018 bis einschließlich 2. Februar 2018

beim Bezirksamt Lichtenberg von Berlin, Abteilung Stadtentwicklung, Soziales Wirtschaft und Arbeit, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung, Raum 1210 A, Haus 2, Alt-Friedrichsfelde 60, 10315 Berlin, Telefon: 90296-6469/6433, Telefax: 90296-6409, montags und dienstags von 8 bis 16 Uhr, mittwochs von 9 bis 17 Uhr, donnerstags von 10 bis 18 Uhr und freitags von 8 bis 13 Uhr sowie nach telefonischer Vereinbarung (Telefon wie vor) auch außerhalb der Zeiten zur allgemeinen Einsichtnahme aus. Mittwochs von 13 bis 17 Uhr werden Mitarbeiter der Vorhabenträgerin zu weiteren Erläuterungen und Auskünften am Auslegungsort zur Verfügung stehen.

Die Bekanntmachung und die zur Einsicht ausgelegten Unterlagen sind ab Beginn der Offenlage durchgängig an allen Tagen auch auf der Internetseite:

www.berlin.de/planfeststellungen

veröffentlicht.

Für die Vollständigkeit und die Übereinstimmung der im Internet veröffentlichten Unterlagen mit den amtlichen Auslegungsunterlagen wird keine Gewähr übernommen. Der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen ist maßgebend.

Hinweis

1. Jeder, dessen Belange durch das Bauvorhaben berührt werden, kann bis spätestens zwei Wochen nach Beendigung der Auslegung, das ist bis einschließlich **16. Februar 2018** (maßgebend ist der Eingang in der Verwaltung), Einwendungen bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz - IV E 3 -, Postanschrift: Am Köllnischen Park 3, 10179 Berlin (während der Auslegungszeit auch am Auslegungsort) schriftlich oder zur Niederschrift (Raum Ru 420) oder in elektronischer Form mit einer qualifizierten Signatur im Sinne des Signaturgesetzes versehen an die E-Mail-Adresse: post@senuvk.berlin.de erheben.

Die Einwendungen müssen das Bauvorhaben bezeichnen sowie den geltend gemachten Belang und dessen Beeinträchtigung erkennen lassen. Einwendungen, die nach Ablauf dieser Frist erhoben werden, sind gemäß § 29 Absatz 4 Satz 1 PBefG ausgeschlossen.

Ebenfalls bis zum vorstehend genannten Termin können Vereinigungen, soweit diese sich für den Umweltschutz einsetzen und nach in anderen gesetzlichen Vorschriften zur Einlegung von Rechtsbehelfen in Umweltschutzangelegenheiten vorgesehenen Verfahren von Bund oder Land anerkannt worden sind, zu dem Plan Stellung nehmen. Einwendungen und Stellungnahmen der Vereinigungen, die nach Ablauf dieser Frist erhoben werden, sind ebenfalls gemäß § 73 Absatz 4 Satz 5 f. des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) ausgeschlossen.

Der Einwendungsausschluss beschränkt sich bei Einwendungen und Stellungnahmen, die sich auf die Schutzgüter nach § 2 Absatz 1 UVPG beziehen, nur auf dieses Verwaltungsverfahren.

Bei Einwendungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Eingaben), ist auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite ein Unterzeichner mit Namen, Beruf und Anschrift als Vertreter der übrigen Unterzeichner zu bezeichnen. Andernfalls können diese Einwendungen unberücksichtigt bleiben. Diese ortsübliche Bekanntmachung dient auch der Benachrichtigung der Vereinigungen nach § 73 Absatz 4 Satz 5 VwVfG.

2. Rechtzeitig erhobene Einwendungen werden in einem Termin erörtert, der zu gegebener Zeit noch ortsüblich bekannt gemacht wird. Diejenigen, die fristgerecht Einwendungen erhoben haben, beziehungsweise bei gleichförmigen Einwendungen der Vertreter, werden von dem Termin gesondert benachrichtigt.

Sind mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können sie durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden. Die Teilnahme an dem Erörterungstermin ist den Beteiligten freigestellt. Bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden. Die Vertretung durch einen Bevollmächtigten ist möglich. Die Bevollmächtigung ist durch eine schriftliche Vollmacht nachzuweisen, die der Anhörungsbehörde zu den Akten zu geben ist.

3. Durch Einsichtnahme in die Planunterlagen, Erhebung von Einwendungen, Teilnahme am Erörterungstermin oder Vertreterbestellung entstehende Kosten werden nicht erstattet.

4. Entschädigungsansprüche, soweit über sie nicht in der Planfeststellung dem Grunde nach zu entscheiden ist, werden nicht in dem Erörterungstermin, sondern in einem gesonderten Entschädigungsverfahren behandelt.

5. Über die Einwendungen wird nach Abschluss des Anhörungsverfahrens durch die Planfeststellungsbehörde entschieden. Die Zustellung der Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) an die Einwender kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind.

6. Die Nummern 1, 2, 3 und 5 gelten für die Anhörung der Öffentlichkeit zu den Umweltauswirkungen des Bauvorhabens nach § 18 Absatz 1 UVPG entsprechend.

7. Vom Beginn der Auslegung des Planes tritt die Veränderungssperre nach § 28a Absatz 1 PBefG in Kraft. Darüber hinaus steht ab diesem Zeitpunkt der Vorhabenträgerin ein Vorkaufsrecht an dem vom Plan betroffenen Flächen zu (§ 28a Absatz 3 PBefG).

Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

Ergebnis einer Vorprüfung nach § 9 Absatz 2 Nummer 2 und Absatz 4 in Verbindung mit § 7 Absatz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Bekanntmachung einer Feststellung vom 18. Dezember 2017

UVK I C 209-12976

Telefon: 9025-2388 oder 9025-0, intern 925-2388

Auf Antrag der Firma **Paul Hettich GmbH & Co. KG Werk Berlin**, Motzener Straße 20, 12277 Berlin, vom 24. August 2017 wurde nach § 9 Absatz 2 Nummer 2 und Absatz 4 in Verbindung mit § 7 Absatz 1 UVPG sowie Nummer 3.9.1 Spalte 2 der Anlage 1 UVPG im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens zur wesentlichen Änderung einer Galvanik auf dem Grundstück **Motzener Straße 20, 12277 Berlin**, eine allgemeine Vorprüfung vorgenommen.

Es handelt sich dabei um eine Anlage der Nummer 3.10.1 G E des Anhangs 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) sowie um ein Vorhaben nach Nummer 3.9.1 A der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG).

Die Feststellung erfolgte nach Beginn des Genehmigungsverfahrens auf der Grundlage der vom Vorhabenträger vorgelegten Unterlagen sowie eigener Informationen.

Die wesentliche Änderung der Galvanik besteht aus der Errichtung und dem Betrieb einer neuen Galvanikanlage (Kupfer-Nickel-Trommelanlage) inklusive Nebenanlagen (Abluftbehandlungsanlage und Erweiterung der Abwasserbehandlungsanlage) zur Beschichtung von Möbelbeschlägen aus Stahl. Am Standort betreibt die Firma bereits zwei Galvanikanlagen, die nun um die neue Galvanikanlage in einem bestehenden Betriebsgebäude erweitert werden sollen.

Im Ergebnis der oben genannten Vorprüfung wurde festgestellt, dass keine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist, weil keine erheblich nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind, die nach § 25 Absatz 2 UVPG bei der Genehmigungsentscheidung zu berücksichtigen wären.

Für diese Feststellung, die nicht selbstständig anfechtbar ist, sind insbesondere folgende Gründe unter Beachtung der Prüfkriterien der Anlage 3 des UVPG ausschlaggebend:

Der Firmenstandort ist ein Betriebsbereich der oberen Klasse nach § 3 Absatz 5a BImSchG. Aufgrund des Vorhandenseins von gefährlichen Stoffen besteht damit grundsätzlich das Risiko von Störfällen durch Freisetzung dieser Stoffe. Der Galvanikbetrieb hat die möglichen Gefahren von Störfällen analysiert und diverse Maßnahmen zur Verhinderung und zur Begrenzung der Auswirkungen vorgesehen. Gegenüber den beiden bereits vorhandenen Galvanikanlagen gibt es im Hinblick auf die Art der verwendeten Stoffe und Technologien keine wesentlichen Änderungen. Zusätzliche oder andere Gefahren und Störfallauswirkungen sind aufgrund des beantragten Vorhabens nicht zu erwarten. Auch der angemessene Sicherheitsabstand wird durch die neue Galvanikanlage nicht vergrößert. Insgesamt gibt es daher keine Anhaltspunkte, dass sich die Anfälligkeit für Störfälle durch das Vorhaben erhöht. Die beim Betrieb einer Galvanik typischerweise anfallenden Abwässer werden ordnungsgemäß erfasst und nach Reinigung in der betrieblichen Abwasserbehandlungsanlage entsprechend der geltenden abwasserrechtlichen Bestimmungen in die öffentliche Kanalisation eingeleitet. Unvermeidbare betriebstypische gefährliche Abfälle werden ordnungsgemäß beseitigt oder wiederverwertet.

Hierdurch wird sichergestellt, dass die im Abwasser und in den Abfällen enthaltenen gefährlichen Stoffe nicht in die Umwelt gelangen. Vor diesem Hintergrund sind keine erheblich nachteiligen Umweltauswirkungen durch anfallende Abwässer und Abfälle zu erwarten.